

Diakonie will Gehalt von Wohnort abhängig machen

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung setzt die Arbeitgeberseite der Diakonie Deutschland derzeit alles daran, dem Zusammenhang zwischen Wohnort und Entgelt wieder eine Bedeutung zukommen zu lassen..

Das zeigt sich in den aktuellen Verhandlungen über den Verdienst von Beschäftigten in der Altenpflege. Geht es nach dem Willen der Dienstgeber, sollen Beschäftigte im Osten und Norden demnächst weniger Geld für die gleiche Arbeit erhalten als Beschäftigte im Westen und Süden. Dabei geht es nicht um eine unausgeglichene Anhebung von Gehältern. Es geht den Dienstgebern darum, engagierten Altenpflegekräften zeigen zu wollen, dass es besser sei in Dortmund zu leben als in Dresden. Anstatt sich um mehr Gleichheit zu bemühen, wollen die Dienstgeber sie an weiteren Stellen reduzieren.

Arbeit soll sich gar nicht mehr lohnen, könnte ein Slogan der Diakonie Deutschland sein.

Entsprechende Qualifizierung erübrigt sich daher ebenfalls, auch wenn die Dienstgeber das naturgemäß ganz anders sehen und davon sprechen, sich für „bessere Rahmenbedingungen in der Pflege“ einsetzen zu wollen. Dass zukünftig der Bedarf an Personal in der Altenpflege aufgrund des demographischen Wandels immer weiter steigt und das Berufsfeld daher attraktiver gestaltet werden muss, ist keine neue Nachricht. Die Diakonie Deutschland hat sich dazu entschieden, dies mithilfe von schlechterer Bezahlung zu erreichen. So sollen – anders als bisher – Altenpfleger weniger verdienen als Personal in Krankenhäusern oder der ambulanten Pflege.

Eine Einigung konnte in den Verhandlungen innerhalb der Arbeitsrechtlichen Kommission bislang nicht erzielt werden, aber auch der Dienstgeberverband der Diakonie hält die beantragten Änderungen wohl für kontraproduktiv und nicht mehrheitsfähig. **Der vkm-rwl wird unterschiedliche Gehälter für die gleiche geleistete Arbeit nicht. akzeptieren.**

Fachausschuss Dienstnehmer der ARK-DD

Am 12. Mai traf sich die Dienstnehmerseite der ARK-DD mit dem Fachausschuss, um die nächsten Schritte anlässlich der gescheiterten Verhandlungen in der Entgeltrunde zu beraten. Es wurde beschlossen, den Schlichtungsausschuss anzurufen, um neben vielen anderen Vorlagen über den Antrag einer 5,9prozentigen Entgelterhöhung zu entscheiden.

Die Dienstgebeseite hatte dagegen verschiedenste Anträge gestellt, um in Zukunft im Bereich der Altenhilfe, in der Region Nord und Ost (inclusive West-Berlin !!) niedrigere Einstiegsentgelte zahlen zu müssen und eine Verlängerung aller Stufenlaufzeiten, damit Mitarbeitende die Endstufe erst nach 22 erreichen können. Selbst im Arbeitgeberlager ist dieser Ansatz wohl kaum mehrheitsfähig, die Mitarbeitenden in der Altenpflege abkoppeln zu wollen.

In der Zwischenzeit soll versucht werden, mit der Dienstgeberseite bis zur nächsten Sitzung der ARK-DD am 1. und 2. Juni eine Lösung in dieser Frage zu erreichen.